Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G. Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

[illegible]

Bezugspreis mit der [illegible] Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", zuzüglich „Volk und Zeit" monatlich 1.80 M. [illegible] Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: [illegible] Fernsprecher Nr. 25361. [illegible] Geschäftsstelle: [illegible] Fernsprecher Nr. 25361 und 12787. [illegible]

Anzeigenpreis: [illegible] Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 2 | Dresden, Sonnabend, den 3. Januar 1931 | 42. Jahrgang

Preisabbau in Ferien

Lohnsenkungen ohne Ende

Der Zentralrat des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine Hirsch-Duncker nahm eine Entschließung an, in der darauf hingewiesen wird, daß der von der Reichsregierung angekündigte Preisabbau sich bisher nur in geringem Ausmaße und bei einzelnen Produkten gezeigt habe, auf dem Lebensmittelmarkte seien Preissenkungen fast gar nicht in Erscheinung getreten. Trotz einem allgemeinen Lohn- und Gehaltsabbau durch für verbindlich erklärte Schiedssprüche seien von der Reichsregierung ernsthafte Maßnahmen zu einer fühlbaren Preissenkung nicht festzustellen. Ein erneutes Absinken des Konsums und eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit durch Verminderung der Kaufkraft müßten die Folge sein. Die Reichsregierung wird auf den Ernst der Sache hingewiesen und entsprechende Maßnahmen werden dringlich gefordert.

Von dem verheißenen Preisabbau ist allerdings verdammt wenig zu spüren, und deshalb bildet die jetzt allenthalben betriebene Lohnsenkungsaktion eine schwere Gefahr für unsere Wirtschaft. Der gegenwärtige Reichsarbeitsminister, Stegerwald, hat einmal erkannt, daß die Preise in einem noch höheren Grade gesenkt werden müßten als die Löhne, wenn die Krise überwunden werden soll. Aber die Reichsregierung hat mit ihrer Preisabbauaktion Ferien gemacht. Es ist höchste Zeit, daß diesem Urlaub des Preisabbaues ein Ende bereitet wird.

Außer um die Lebensmittelpreise wird sich die Regierung vor allem um die Eisenpreise kümmern müssen. Die Eisenpreise stehen bekanntlich sehr bedeutend über den Weltmarktpreisen, und die Eisenherren sträuben sich gegen eine gründliche Herabsetzung, weil sie dann wahrscheinlich einen großen Teil des Wertes ihrer übermäßig angeschwollenen Anlagen abschreiben und Aktien zusammenlegen müßten. Und so etwas macht Großkapitalisten nie besonderen Spaß. Lieber versucht man es, die Kosten für die eigenen Sünden die Verbraucher in Gestalt hoher Preise tragen zu lassen. Wie lange wird die Regierung Brüning, die ja von manchen Seiten wegen ihrer angeblichen Energie recht gelobt wird, sich das gemeingefährliche Treiben der Eisenherren noch ruhig ansehen?

* * *

Wilde Streikwelle an der Ruhr

Die Schwerindustriellen leiten Wasser auf die kommunistischen Mühlen

SPD. Bochum, 2. Januar. (Eig. Drahtb.)

Im Ruhrgebiet sind auf einer Anzahl Schachtanlagen am Freitag früh infolge der Erregung der Bergleute über die Kündigungsanschläge und zum Teil auch verursacht durch die Streikparole der Revolutionären Gewerkschaftsopposition besonders im Hamborner und im Gladbecker Gebiet, vereinzelt auch im Hammer Revier, Teilstreiks ausgebrochen. Im allgemeinen wird doch den Parolen der Gewerkschaften gefolgt. Es ist anzunehmen, daß die wilde Streikbewegung wieder rückläufig wird. Zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen.

•

Im Rheinland und in Westfalen ist es zu Teilstreiks gekommen. Unter Einfluß der kommunistischen Propaganda konnten im Bezirk Hamborn und in Gladbeck, wo die Situation immer noch bei den großen Bergarbeiterbewegungen besonders kritisch war, Arbeitseinstellungen inszeniert werden. Auch das Hammer Revier ist davon betroffen. Monatelang haben die Kommunisten das Gebiet an der Ruhr, an der Emscher und an der Lippe bearbeitet. Ohne eigentlich größere Erfolge zu erzielen. Ihre mit großem Tamtam angekündigten Aktionen verliefen im Sande. Wenn sie jetzt Erfolg zu verzeichnen haben, dann können sie es den Schwerindustriellen verdanken. Die Schwerindustrie hat den Kommunisten das Wasser auf die Mühle getrieben, und die Bergbauindustrie, das Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter, hat schon recht, wenn es auf das Verhalten der Zechenherren verweist, das die Bergarbeiter verbittert. Die Ruhrbergarbeiterschaft ist durch Entlassungen und Feierschichten schon stark von der Krise getroffen worden. Der Einkommenausfall dürfte größer als in anderen Berufszweigen sein. Hier ist auch die Antreibung im Rahmen der Rationalisierung derart auf die Spitze getrieben, wie das kaum in einer anderen Industrie der Fall sein dürfte. Dieser Arbeiterschaft mutet man einen ganz erheblichen Abbau der Nominallöhne zu. Das heißt die Lebenshaltung unter ein kaum erträgliches Maß zu drücken. Wenn die Schwerindustriellen an ihren extremen Forderungen festhalten, so will man provozieren. Das übrige machen dann die Kommunisten mit ihren unvernünftigen, unverantwortlichen und unüberlegten Parolen.

Demgegenüber verweisen die drei großen Bergarbeiterverbände, der Verband der Bergbauindustriearbeiter, der Christen und der Hirsche, auf die Notwendigkeit, die Bewegung in Ruhe durchzuführen. Gegenüber dem extremen Standpunkt der Industriellen müsse eine geschlossene Front gebildet werden. Durch Entschlossenheit und Konzentrierung der Kräfte können gegenüber der Schwerindustrie nur Erfolge erreicht werden.

In den Bergarbeiterversammlungen, die über den Jahreswechsel im Ruhrgebiet stattgefunden haben, haben die Funktionäre der Verbände klar zu erkennen gegeben, daß sie nicht gewillt sind, sich von den Schreiern im Ruhrgebiet überrennen zu lassen. Der Aufruf der Bergarbeiterverbände, der die Belegschaften auffordert, keine neuen Arbeitsverträge abzuschließen, die die von den Industriellen gewünschten Lohnherabsetzungen enthalten, wurde einmütig gutgeheißen. Damit dokumentiert die Ruhrbergarbeiterschaft ihren festen Willen, dem geplanten Lohnabbau schärfsten Widerstand entgegenzusetzen, und an der Schwerindustrie liegt es, ob größere Komplikationen an der Ruhr vermieden werden können, die für unsere Wirtschaft Unheil und Unglück bedeuten müssen.

•

Aufruf der freien Gewerkschaften

Bochum, 2. Januar. (Eig. Drahtb.) Der Bergbauindustriearbeiterverband richtet an die Ruhrbergleute folgenden Aufruf:

Die Kommunisten haben heute morgen den Versuch gemacht, auf den Zechen des Ruhrgebiets Streiks hervorzurufen. Auf ungefähr 20 Schachtanlagen ist ihnen der Streik durch Anwendung von Gewalt in mehr oder minder großem Umfange gelungen. Der Verband fordert seine Mitglieder und Belegschaften auf, solchen Putschparolen keine Folge zu leisten und sich den Versuchen, sie gewaltsam durchzuführen, energisch zu widersetzen.

•

Der Umfang der Teilstreiks

Zu den Teilstreiks im Ruhrgebiet teilt der Bergarbeiterverband mit, daß nach genauen Feststellungen von der Morgenschicht im Ruhrgebiet rund 11 Prozent der Belegschaft der Arbeit ferngeblieben sind. Die Arbeitsniederlegung wurde fast überall erzwungen durch kommunistische Stoßtrupps, Erwerbslose usw., die die Bergleute mit Gewalt von der Arbeit abhielten. Bei der Mittagsschicht wiederholten sich diese Versuche gewaltsamer Arbeitsverhinderung vielfach. Der Verband fordert seine Mitglieder und die Belegschaften auf, sich gegen ein solches Treiben energisch zur Wehr zu setzen. Er weist ferner die unwahre kommunistische Behauptung zurück, daß seine Verhandlungsführer bereit gewesen seien, einem siebenprozentigen Lohnabbau zuzustimmen. Die kommunistische Behauptung, daß schon von heute an zu einem 12 Prozent niedrigeren Lohn gearbeitet werden müsse, ist ebenfalls völlig unwahr. Nach geltendem Recht können die Schichtlöhne wie auch die Gedingelöhne vor dem 15. Januar nicht geändert werden.

Die Mittagsschicht ist weit besser eingefahren als die Morgenschicht. Höchstens 6 bis 7 Prozent der Belegschaft sind, durch den Terror verhindert, nicht eingefahren. Die einzige Zeche, deren Belegschaft in der Mittagsschicht vollzählig streikte, ist Thyssen II/VII.

•

Feuergefecht bei Moers

Bochum, 2. Januar. (Eig. Funkspruch.) Vor der Zeche Rhein-Preußen bei Moers kam es beim Einfahren der Nachtschicht am Freitag zu großen Menschenansammlungen. Als die Polizei damit beschäftigt war, die Streikenden zurückzudrängen, fielen plötzlich aus der Menge Schüsse, die schließlich von der Polizei erwidert wurden. Es kam zu einem regelrechten mehrere Minuten andauernden Feuergefecht, in dessen Verlauf ein unbeteiligter Bahnwärter von mehreren Schüssen getroffen wurde. Er wurde einem Krankenhaus zugeführt und starb kurze Zeit darauf an den erlittenen Verletzungen. Angeblich sollen noch mehrere Personen leichtere Schußverletzungen erhalten haben.

Vor der Zeche Niederrhein in Neukirchen bei Moers kam es am Freitag abend mehrfach zu Ansammlungen, die von der Polizei auseinandergetrieben werden mußten. Die Arbeitswilligen wurden gestoßen, geschlagen und mit Steinen beworfen.

•

Bochum, 3. Januar. (Eig. Funkspruch.) Die Hütte Ruhrort-Meiderich der Vereinigten Stahlwerke wird einen Teil ihrer Abteilungen am 1. Februar wegen Absatzmangels stillegen. Von der 7000 Mann starken Belegschaft werden ungefähr 3500 Mann entlassen.

Stillegung der Küttner-Werke, Pirna

Die Firma Fr. Küttner, Kunstseidenspinnerei, AG., Pirna, hat beim sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium die vollständige Stillegung ihrer Pirnaer Werke zum 15. Januar 1931 angezeigt. Bei Durchführung dieser Maßnahme würden erneut 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos werden.

Am 2. Januar 1931 wurde wegen dieser Stillegungsanzeige erstmalig verhandelt. Eine Einigung kam nicht zustande, da die Firma die von Arbeitnehmerseite beantragte Zurückziehung des Stillegungsantrags von einer Herabsetzung der Tariflöhne abhängig machte. Die Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes und der Betriebsratsvorsitzende Sickert führten an Hand reichhaltigen, beweiskräftigen Materials den Nachweis, daß die Tariflöhne unter keinen Umständen die Ursache zu einer Unrentabilität des Unternehmens sein können.

Die Verhandlungen werden vor Ablauf der Sperrfrist zwischen den beiderseitigen Organisationen fortgesetzt.

Blutschuld

Der blutige Terror der Hakenkreuzler hat in der Neujahrsnacht in Berlin zwei Todesopfer gefordert. Ein nationalsozialistischer Mordbube hat zwei junge Sozialdemokraten erschossen, nachdem er zuvor mit der Waffe in der Hand in die Wohnung des einen eingedrungen war.

Die Nationalsozialistische Partei betont bei jeder Gelegenheit, daß sie ihr Ziel ganz legal verfolge. Unter ganz legal verstehen ihre Anhänger den offenen Terror, den Bandenüberfall auf Andersdenkende und den Meuchelmord. Die Verbrecher von Koburg, die das Leben von 100 Personen gefährdet haben und die Verletzung von 21 Personen durch einen Bandenüberfall auf einen Autobus herbeigeführt haben, kommen ebenso auf das Schuldkonto der Nationalsozialistischen Partei wie der Mordbube von Berlin.

Die Mordstimmung in den Reihen der nationalsozialistischen Anhänger wird von den Führern wie in ihrer Presse systematisch gefördert. Eine jede Rede der nationalsozialistischen Führer bezeichnet den politischen Gegner als lebensunwürdig, als Untermenschen, den man am besten abtue. Die Reden über das Köpferollen und Aufhängen auf ganz legalem Wege werden von denen, die sie anhören, sofort mit Dolchen und Revolvern in die Tat umgesetzt. Die nationalsozialistische Presse reizt ganz systematisch zu Gewalttätigkeiten auf.

Diesem Treiben gegenüber hat die Justiz vollständig versagt. Zum Teil aus Verständnislosigkeit, zum andern Teil weil viele Gerichte nationalsozialistisch verseucht sind und weil es Richter gibt, die das Treiben der Nationalsozialisten durch ihre Rechtsprechung ganz offen begünstigen. In der republikanischen Bevölkerung ist über das Treiben der Hakenkreuzbanden wie über das Versagen der Justiz ein gewaltiges Maß von Empörung und Erbitterung herangewachsen. Aus ihren Reihen kommt immer lauter der Ruf:

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310103/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG